N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 3

Kreistag

am 03.06.2008

Aula des Hellweg Berufskollegs, Unna

Beginn 14:40 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla
Klaus-Dieter Brökling
Brigitte Cziehso
Dieter Drescher
Martina Eickhoff
Bernd Engelhardt
Hartmut Ganzke
Jens Hebebrand
Claudia Isenberg
Wolfgang Kerak
Dirk Kolar
Ursula Lindstedt
Hans-Jörg Piasecki
Theodor Rieke
Hildegard Rüwald
Detlef Schwerdt
Jörg Sieger
Heinz Steffen
Simone Symma
Walter Teumert
Monika Töpfer
Manuela Veit
Brunhilde Weinhold
Martin Wiggermann

Herbert Ziegenbein
Christina Zubrytzki
Wolfgang Barrenbrügge
Günter Bremerich
Peter Dörner
Jörg-Uwe Ebner
Claudia Gebhard
Ute Giedinghagen
Christa Glodny
Wilhelm Jasperneite
Elsbeth Kiel
Norbert Kläsgen
Leo Klempert
Helmut Krause
Hartmut Marks
Rotraud Niemann
Klaus-Jürgen Paul
Heinz Piehl
Martina Plath
Hanne-Luise Schacht
Annelies Schwarzer
Ursula Sopora
Christa Weidner
Paul Wisniewski
Hubert Zumbusch
Herbert Goldmann
Andrea Hosang
Adrian Mork
Jochen Nadolski-Voigt
Anke Schneider
Barbara Streich
Dieter Albert
Heike Schaumann
Sigurd Senkel
Wolfgang Schilken
Udo Gabriel
Jana Müller-Simdorn
Marc Elsbeck
Michael Klostermann

Von der Verwaltung	Gäste und Zuhörer/Innen
Herr Kreisdirektor Stratmann	Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion
Herr Dr. Timpe, Dez. II	Frau Zemke, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion
Herr Hahn, Dez. IV	Herr Freund, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion
Herr Dr. Schiebold, L KfP	Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion
Herr Göpfert, Büro Landrat	Herr Naujoks, Geschäftsführer der Gruppe DIE LINKE.
Frau Waßen, Schriftführerin	Vertreter der Presse
	interessierte Bürgerinnen und Bürger
	weitere Angehörige der Verwaltung

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass es einen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gebe, den er als Punkt 14 der Tagesordnung behandeln wolle. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte würden sich entsprechend verschieben. Weiter beglückwünscht Herr Landrat Makiolla Frau Cziehso zu ihrer neuen Funktion als Vorsitzende der SPD-Fraktion und begrüßt Herrn Steffen, der trotz Erkrankung heute anwesend sei. Auch begrüßt er im Namen der Kreistagsmitglieder Herrn Brökling, der nach langer, schwerer Krankheit erstmals wieder an einer Sitzung des Kreistages teilnehmen könne.

Da sich keine weiteren Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung ergeben, wird wie folgt beraten:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

059/08

Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter und Richterinnen beim Oberverwaltungsgericht Münster

Punkt 2

057/08

Änderung der Satzung des Zweckverbandes SPNV Ruhr-Lippe (ZRL) aufgrund der Gründung des Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL)

Punkt 3

056/08

Teilräumliche Fortschreibung des Nahverkehrsplans Kreis Unna

Punkt 4

068/08

Budgetbericht zum Stichtag 31.03.2008

Punkt 5

077/08

Sicherstellung und Finanzierung der Verbraucherberatung im Kreis Unna

Punkt 6

054/08

Entwicklung eines Bildungsnetzwerkes im Kreis Unna – Abschluss eines Kooperationsvertrages mit dem Land Nordrhein-Westfalen

Punkt 7

078/08

Bericht zur Lernmittelfreiheit für Schulen in Trägerschaft des Kreises Unna – Prüfauftrag des Kreistages vom 11.3.2008

Punkt 8

079/08

Änderung der Verordnung über die Festsetzung der Beförderungsentgelte für den Personenverkehr mit Taxen (Taxentarif) für den Kreis Unna

Punkt 9

093/08

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und der Gemeinde Bönen zur Erhebung von Elternbeiträgen für das außerunterrichtliche Angebot der offenen Ganztagsschule

Punkt 10

048/08

Bauliche Maßnahmen an der K 42n in Bönen

Vereinbarungen mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW und der Gemeinde Bönen -

- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 11

098/08

Regionalstelle Frau und Beruf;

Antrag der SPD-Fraktion

Punkt 12

097/08

Auswirkungen der geänderten Geschäftsanweisung der Bundesagentur für Arbeit auf das Arbeitsmarktprogramm des Kreises Unna 2008;
Antrag der SPD-Fraktion vom 20.05.2008

Punkt 13

Mitgliedschaft im Regionalverband Ruhr (RVR)

Punkt 13.1

096/08

Mitgliedschaft des Kreises Unna im Regionalverband Ruhr / Mitwirkung beim Städtebund Ruhr

Punkt 13.2

087/08

Bedingungen für den Verbleib des Kreises beim RVR;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 09.05.2008

Punkt 14

Dringlichkeitsantrag: Besetzung der Dezernentenstelle;
Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der FDP-Fraktion vom 03.06.2008

Punkt 15

Fragestunde für Einwohner

Punkt 16

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 17

092/08

Deckensanierung an Kreisstraßen
- Vergabe der Aufträge -

Punkt 18

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

059/08

Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter und Richterinnen beim Oberverwaltungsgericht Münster

Beschluss

In die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richter und Richterinnen beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster für die Wahlzeit vom 01.02.2009 bis zum 31.01.2014 werden aufgenommen:

1. Herr Dieter Drescher
2. Frau Manuela Veit
3. Frau Elke Middendorf
4. Herr Helmut Krause
5. Frau Gabriele Wentzek
6. Herr Lothar Röhrich

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 2

057/08

Änderung der Satzung des Zweckverbandes SPNV Ruhr-Lippe (ZRL) aufgrund der Gründung des Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL)

Beschluss

Der Kreistag des Kreises Unna stimmt der Änderung der Satzung des ZRL zu.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

056/08

Teilräumliche Fortschreibung des Nahverkehrsplans Kreis Unna

Erörterung

Frau Weidner von der CDU-Fraktion weist auf die seit der Änderung des Nahverkehrsplanes aufgetretenen massiven Probleme im Schülerbusverkehr in Unna hin. Nach entsprechenden Pressemeldungen habe es

wohl Gespräche zwischen der Stadt Unna und den Verkehrsbetrieben gegeben, eine Lösung sei allerdings nicht in Sicht. Für sie stelle sich die Frage, welche Konsequenzen dauerhaft für Unnaer Schüler mit der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes verbunden seien.

Herr Dr. Schiebold betont, dass die Schülerverkehre nicht Gegenstand des Nahverkehrsplans seien. Sicherlich gebe es eine mittelbare Zusammengehörigkeit, da einige Nahverkehrsplanänderungen auf die Transporte ausstrahlen würden. Die für den Schülerverkehr zuständigen Kommunen hätten diese gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen neu sortiert, was zu gewissen Problemen geführt habe. Nach Auskunft der Stadt Unna seien die Probleme in Billmerich zwischenzeitlich gelöst. Er hoffe, dass der Schülertransport im Unnaer Osten nach gewissen Anfangsschwierigkeiten ebenfalls problemlos erfolgen werde.

Herr Gabriel erklärt für die Gruppe DIE LINKE., dass man den Beschluss nicht mittragen werde. Zwar gebe es einige gute Ansätze, grundsätzlich bleibe es aber bei der Ausdünnung des Nahverkehrs.

Beschluss

Der Kreistag beschließt die teilräumliche Fortschreibung des Nahverkehrsplans Kreis Unna und beauftragt den Landrat, den Nahverkehrsplan redaktionell fertig zu stellen, öffentlich bekannt zu machen und an alle Verfahrensbeteiligte zu versenden. Der Landrat wird beauftragt, in Folge notwendige Vereinbarungen über die Finanzierung von BRS-Linienverkehren abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (2 Nein-Stimmen der Gruppe DIE LINKE.)

Punkt 4

068/08

Budgetbericht zum Stichtag 31.03.2008

Erörterung

Herr Barrenbrügge stellt fest, dass der aktuelle Haushalt ein Defizit von 2,8 Mio Euro im laufenden Haushalt verzeichne und noch nicht vom Regierungspräsidenten genehmigt sei. In der heutigen Sitzung entscheide man über Anträge, die wiederum Mehrausgaben verursachen würden. Ihm stelle sich die Frage, wie der Kämmerer angesichts dieser Ausgangssituation am Ende des Jahres eine „schwarze Null“ schreiben wolle.

Herr Kreisdirektor Stratmann betont, der Haushalt sei durchaus „auf Kante genäht“, er sehe aber durchaus positive Ansätze. So gebe es, wie in der Vorlage auch deutlich gemacht, bei besserer konjunktureller Entwicklung durchaus noch Einsparpotenziale bei den Kosten der Unterkunft. Die aufgrund der Tarifabschlüsse entstandenen Mehrkosten wolle man durch entsprechende personalwirtschaftliche Maßnahmen wieder auffangen. Durch solche Maßnahmen habe man bereits im vorigen Jahr erhebliche Einsparungen erzielt. Auch gehe man davon aus, dass der Regierungspräsident kurzfristig das Haushaltssicherungskonzept genehmigen werde

Der Kreistag nimmt den Budgetbericht zum Stichtag 31.03.2008 zur Kenntnis.

Punkt 5

077/08
Sicherstellung und Finanzierung der Verbraucherberatung im Kreis Unna

Erörterung

Frau Niemann berichtet, dass ihr an diesem Beispiel die gesamte Problematik dessen bewusst werde, was man derzeit tue. Aufgrund der finanziellen Situation von Kreis und Kommunen müsse man sich immer mehr die Frage stellen, ob man sich freiwillige Ausgaben, so sinnvoll und wünschenswert sie auch seien, überhaupt noch leisten könne. Sie persönlich begrüße es, dass Schwerte das dritte Standbein der Verbraucherberatung neben Lünen und Schwerte werden solle. Sowohl der Kreis als auch der Rat in Schwerte hätten entsprechende Beschlüsse gefasst. Die beauftragte Finanzberatungsfirma fordere von der Stadt, auf solche Maßnahmen zu verzichten und die Mittel stattdessen einzusparen. Zudem habe die Stadt Schwerte ihren Haushalt vom Kreis nicht genehmigt bekommen, weil man sparen müsse. Dies sei nur ein Beispiel unter vielen, das sie mit Blick auf die Situation der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zum verstärkten Nachdenken über die Finanzierung freiwilliger Maßnahmen veranlasse.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass der Kreis durch die Arbeit in der Finanzstrukturkommission in den vergangenen Jahren schon erhebliche Einsparungen erzielt habe und man sich insofern keinesfalls im Vergleich zu den Kommunen und ihren Einsparbemühungen verstecken müsse. Man erwarte von den Städten und Gemeinden nur das, was der Kreis bereits getan habe.

Herr Ganzke betont für die SPD-Fraktion, dass die Verbraucherberatung ein wichtiges Kreisthema sei und man mit den eventuell im nächsten Jahr vorhandenen drei Beratungsstellen führend in ganz Nordrhein-Westfalen sei. In diesem Zusammenhang wolle er mit Blick auf die Äußerungen von Frau Niemann noch einmal festhalten, dass die Städte Lünen und Kamen selbst an den Kreis mit der Bitte um Unterstützung herangetreten seien.

Für die Gruppe DIE LINKE. erklärt Herr Gabriel, dass der Kreis hier eine Aufgabe übernehme, die von den Städten und Gemeinden zum Teil nicht geleistet werden können. Über die Kreisumlage werde dies auf alle Kommunen verteilt, was aus seiner Sicht eine gerechte Sache sei. Wichtig sei für ihn die Ausweitung der Verbraucherberatung in den Südkreis, weil das Angebot bisher nicht für alle Bürgerinnen und Bürger wahrnehmbar sei.

Beschluss

Der Kreistag stimmt den Verträgen mit der Stadt Kamen, der Stadt Lünen und der Verbraucherzentrale NRW hinsichtlich der Sicherstellung und Finanzierung der allgemeinen Verbraucherberatung im Kreis Unna zu und beauftragt den Landrat, die Verträge entsprechend abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 6

054/08

Entwicklung eines Bildungsnetzwerkes im Kreis Unna – Abschluss eines Kooperationsvertrages mit dem Land Nordrhein-Westfalen

Erörterung

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass heute noch ein Antrag der Gruppe DIE LINKE. hierzu eingegangen sei, der den Kreistagsmitgliedern zwischenzeitlich vorliege.

Nach einer kurzen Erläuterung des Antrages durch Herrn Gabriel betont Herr Dr. Timpe, dass man inhaltlich nicht weit auseinander liege. Allerdings sei die redaktionelle Abstimmung des Vertrages mit dem Ministerium bereits erfolgt und der Termin zur Unterschrift schon für den 23.06. festgelegt. Änderungen des Vertragsentwurfes würden zu Verzögerungen im Verfahren führen. Vor diesem Hintergrund bitte er darum, nicht auf den Vertragsänderungen zu bestehen. Grundsätzlich sei es aus seiner Sicht aber kein Problem, den Antragsinhalt bei der Umsetzung der Vereinbarung zu berücksichtigen.

Frau Cziehso unterstützt für die SPD-Fraktion Herrn Dr. Timpe in seinem pragmatischen Ansatz und verweist auf die breite Diskussion in den Kommunen. Es gebe von dort eine große Erwartungshaltung, so dass die Kooperationsvereinbarung so schnell wie möglich auf den Weg gebracht werden sollte.

Herr Landrat Makiolla sagt zu, dass bei der ersten und auch den weiteren Sitzungen der Bildungskonferenz sowohl der Elementarbereich als auch ein Vertreter der Gewerkschaften sowie die Gleichstellungsstelle vertreten seien.

Herr Gabriel erklärt sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

Beschluss

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreistag stimmt dem Kooperationsvertrag zur „Entwicklung eines Bildungsnetzwerkes in der Bildungsregion Kreis Unna“ in der beigefügten Fassung zu.
2. Der Landrat wird beauftragt, den Kooperationsvertrag mit dem Land NRW abzuschließen.
3. Der Kreistag empfiehlt den Städten und Gemeinden im Kreis Unna dem Kooperationsvertrag beizutreten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 7

078/08

Bericht zur Lernmittelfreiheit für Schulen in Trägerschaft des Kreises Unna – Prüfauftrag des Kreistages vom 11.3.2008

Erörterung

Frau Cziehso erklärt für die SPD-Fraktion, dass man einen Ergänzungsantrag mit einem Beschlussvorschlag formuliert habe, da die Verwaltungsvorlage eine solche Beschlussempfehlung nicht beinhalte, und erläutert anschließend den Antrag.

Für die CDU-Fraktion weist Herr Ebner darauf hin, dass die Situation an den Schulen aktuell keinen Handlungsbedarf erfordere. Bisher seien bei Bedarf immer pragmatische Lösungen gefunden worden. Seine Fraktion befürchte ein weiteres Aufweichen noch vor der Genehmigung des Haushaltes und werde dem Antrag deshalb nicht zustimmen.

Herr Gabriel von der Gruppe DIE LINKE. begrüßt den Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion, sieht dabei aber eine Vermischung der beiden im Rahmen der Haushaltsberatungen eingebrachten Anträge der Gruppe DIE LINKE..

Herr Goldmann erinnert daran, dass die Diskussion zu diesem Thema bereits seit Oktober vergangenen Jahres geführt werde. Ein entsprechender Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei an den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie verwiesen worden. Es habe einige Monate gebraucht, um nach Klärung sämtlicher Rahmenbedingungen nun zu dieser Vorlage zu kommen. Trotzdem seien die im Kreisausschuss von CDU und FDP formulierten Einwände nicht von der Hand zu weisen, da man noch über keinen genehmigten Haushalt verfüge. Er appelliere an die politischen Kräfte, künftig entsprechende Anträge in die Haushaltsberatungen einzubringen. Hier sollte man sich auf ein finanzpolitisch vernünftiges Verfahren verständigen.

Für die FDP-Fraktion teilt Herr Senkel mit, dass man den Antrag ablehnen werde, da man keinen dringenden Handlungsbedarf erkenne. Aktuell sei der Landrat gefordert, über die Bürgermeisterkonferenz die Kommunen „ins Boot“ zu holen.

Frau Cziehso betont, dass sie Herrn Goldmann in seiner Forderung grundsätzlich unterstütze. Es gebe allerdings auch haushaltsrelevante Anträge, mit denen die Politik auf Entwicklungen im Laufe des Jahres reagieren müsse. Der Antrag zum jetzigen Zeitpunkt ermögliche eine Umsetzung für das Schuljahr 2008/2009.

Beschluss

1. Die Kosten für die Lernmittel werden für den genannten Personenkreis übernommen.
   Grundsatz bei der Beschaffung ist die sparsame Haushaltsführung.
2. Die Übernahme der Kosten für Lernmittel wird vorerst auf das Schuljahr 2008/2009 befristet.

3. Für das Schuljahr 2009/2010 strebt der Kreis Unna eine einvernehmliche Regelung mit den Städten und Gemeinden an.
4. In den Haushalt des Kreises sind für die Übernahme Lernmittel bis zu 30.000 Euro einzustellen. Der Landrat wird beauftragt, die notwendigen anteiligen finanziellen Mittel im Rahmen des Haushaltes 2008 sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (Nein-Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion)

Punkt 8

079/08

Änderung der Verordnung über die Festsetzung der Beförderungsentgelte für den Personenverkehr mit Taxen (Taxentarif) für den Kreis Unna

Beschluss

Der Kreistag beschließt zum 01.09.2008 die Änderungsverordnung zur "Verordnung über die Festsetzung der Beförderungsentgelte für den Personenverkehr mit Taxen (Taxentarif) für den Kreis Unna vom 19.01.2000", zuletzt geändert durch Verordnung vom 12.01.2005.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 9

093/08

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und der Gemeinde Bönen zur Erhebung von Elternbeiträgen für das außerunterrichtliche Angebot der offenen Ganztagsschule

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass es sich bei dem in der Vorlage genannten Betrag von 5.600 Euro um Einnahmen für den Kreis Unna handele.

Beschluss

Der Landrat wird ermächtigt, mit der Gemeinde Bönen die dieser Sitzungsvorlage im Entwurf beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 10

048/08

Bauliche Maßnahmen an der K 42n in Bönen

Vereinbarungen mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW und der Gemeinde Bönen -

- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Beschluss

Der Kreistag genehmigt folgenden vom Kreisausschuss in seiner Sitzung am 29.04.2008 gefassten Dringlichkeitsbeschluss:

Der Landrat wird ermächtigt, die beigefügten Vereinbarungen zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 11

098/08

Regionalstelle Frau und Beruf;

Antrag der SPD-Fraktion

Erörterung

Frau Cziehso weist darauf hin, dass diese Stelle die weggefallenen Förderungen für die Regionalstellen Frau und Beruf in den Kommunen kompensieren und aufgrund des entstandenen Vakuums dringend ihre Arbeit aufnehmen solle. Anschließend erläutert sie den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Goldmann betont, dass er die Ausführungen für durchaus nachvollziehbar und schlüssig halte. Man dürfe an dieser Stelle aber nicht vergessen, dass man sich derzeit in der vorläufigen Haushaltsführung befinde. In der Kreisausschusssitzung hätten alle politischen Kräften deutlich gemacht, dass es sich bei dieser wichtigen Aufgabe um eine längerfristig über ein Jahr hinaus zu unterstützende Fördermaßnahme handele. Dies sollte dem Träger der Maßnahme entsprechend transportiert werden.

Herr Senkel weist darauf hin, dass sich in der heutigen Sitzung des Kreisausschusses niemand für eine Verschiebung der Stelleneinrichtung ausgesprochen habe. Vielmehr sei zum Ausdruck gebracht worden, die Verlängerung der Maßnahme in den Haushaltsberatungen 2009 zu thematisieren und zu verabschieden.

Auf Frage von Herrn Jasperneite erklärt Herr Landrat Makiolla, dass die WFG gemeinsam mit der Stadt Lünen in 2007 im Rahmen eines sehr aufwändigen Landeswettbewerbes für Fördergelder knapp unterlegen gewesen sei. Aus diesem Grunde habe man sich etwas anderes überlegen müssen. Hinsichtlich der Stellenbesetzung habe die Wirtschaftsförderungsgesellschaft prognostiziert, dass man für einen einjährigen Vertrag keine geeignete Kraft für diese Aufgabe finden werde. Deshalb habe die WFG-Geschäftsführung

gebeten, den Vertragszeitraum auf drei Jahre zu verlängern.

Herr Gabriel stellt fest, dass die SPD-Fraktion anlässlich der Haushaltsverabschiedung durch den gemeinsamen Antrag mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits die Chance gehabt hätte, die Angelegenheit erfolgreich abzuschließen. Damals hätte die Gruppe DIE LINKE. den Antrag unterstützt und man werde ihn auch heute unterstützen. Er hoffe, dass sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an diesen Antrag erinnern und ihrem ursprünglichen Anliegen entsprechend einer Verlängerung der Vertragsdauer zustimmen werde.

Herr Goldmann stellt hierzu fest, dass ein klarer politischer Wille erkennbar gewesen sei, die Maßnahme auch über den 31.12.2008 hinaus zu stützen. Seine Fraktion wäre nach der Genehmigung des Haushaltes in der zweiten Jahreshälfte gerne bereit, in eine inhaltliche Diskussion einzusteigen.

Frau Cziehso macht deutlich, dass der Vorschlag der SPD-Fraktion völlig unabhängig von der Haushaltsgenehmigung zu sehen sei. Die Mittel für das Jahr 2008 seien bereits in den Haushalt eingestellt.

Nach kurzer Diskussion ergeht folgender

Beschluss

Der Kreistag des Kreises Unna beschließt in Ergänzung zum Beschluss des Kreistages vom 11.03.2008 zur Umsetzung des Zukunftsmodells zur Förderung der Beschäftigungspotenziale von Frauen im Kreis Unna der Wirtschaftsförderung des Kreises Unna für den Zeitraum von weiteren zwei Jahren (2009/2010) den Betrag von 80.000 Euro p.A. zur Verfügung zu stellen.
Die Mittel werden zur Einrichtung einer Koordinations- und Leitstelle verwandt.
Grundlage des Projektes bleibt die Beschreibung/Anlage der Vorlage 043/07.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (28 Ja-Stimmen von SPD, Gruppe DIE LINKE., Statt-Partei und Landrat; 1 Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Punkt 12

097/08

Auswirkungen der geänderten Geschäftsanweisung der Bundesagentur für Arbeit auf das Arbeitsmarktprogramm des Kreises Unna 2008;
Antrag der SPD-Fraktion vom 20.05.2008

Erörterung

Herr Wiggermann weist darauf hin, dass es im Kreis Unna aufgrund der allgemeinen Beschäftigungssituation eine hohe Anzahl an Menschen gebe, für die man realistisch gesehen mit klassischen Beschäftigungsförderungsmitteln nicht mehr viel tun könne. Deshalb habe man über die Vertreter des

Kreistages im ARGE-Lenkungsausschuss immer versucht, Beschäftigungspolitik auch als Sozialpolitik umzusetzen. Hier sei beispielsweise das Programm „Job Sozial“ nennen. Es könne nun aus Sicht der SPD-Fraktion nicht sein, dass die Bundesagentur Leistungen, die nach Einschätzung des Bundesrechnungshofes gesetzlich verändert werden müssten, durch Geschäftsanweisung einfach streiche. Denn dieses Vorgehen treffe gerade solche Maßnahmen, die die ARGE für Menschen mit Vermittlungshemmnissen durchführe. Deshalb bitte er um Unterstützung des Antrages für dieses grundsätzlich bundespolitisch zu regelnde Thema.

Herr Jasperneite stellt fest, dass eine gute Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik aus seiner Sicht immer Grundlage guter Sozialpolitik seien. Für seine Fraktion sei es aber erstrebenswert, dass sich Sozialpolitik, weil sie nicht notwendig sei, auf einem niedrigen Nivau bewege. Priorität müsse eine vernünftige Beschäftigungspolitik haben, mit den hier angesprochenen Maßnahmen werde im Gegensatz dazu aber lediglich an Symptomen gearbeitet. Allerdings wolle die CDU-Fraktion den Antrag nicht aufhalten und werde sich bei der Abstimmung aber enthalten.

Herr Nadolski-Voigt macht deutlich, dass der hier in Rede stehende Personenkreis, der teilweise auch durch unsere Wirtschaftspolitik in diese Situation geraten sei, über Weiterbildungsmaßnahmen wieder fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden müsse. Die Geschäftsanweisung der Bundesagentur ziele darauf ab, solche Integrationsmaßnahmen nicht mehr stattfinden zu lassen. Hier sei man dringend gefordert, diese Fehler wieder zu korrigieren.

Herr Landrat Makiolla berichtet, dass die ARGE Kreis Unna durch die geänderte Geschäftsanweisung konkret betroffen sei. So müssten 12 Projekte ersatzlos entfallen, die sich hauptsächlich an Jugendliche, Alleinerziehende und schwangere Frauen gerichtet hätten. Unmittelbar betreffe dies 300 Personen, gegebenenfalls könnten sogar 600 Personen betroffen seien. Er habe sich mit einem Schreiben an alle Bundestagsmitglieder aus der Region gewandt, allerdings lediglich eine Antwort von Herrn Wiefelspütz und Herrn von Essen erhalten, die grundsätzlich seine Einschätzung in dieser Frage teilen würden. Deutlich sei geworden, dass es auch in Berlin eine fraktionsübergreifende intensive Diskussion gebe. Deshalb sei von einzelnen Abgeordneten der Druck von der Basis aus den Regionen durchaus erwünscht, um die konkrete Betroffenheit der Menschen vor Ort deutlich machen zu können.

Herr Senkel von der FDP-Fraktion teilt mit, dass er in einem Gespräch mit Herrn von Essen vereinbart habe, dass dieser ein persönliches Gespräch mit dem Landrat in dieser Angelegenheit führen wolle.

Herr Gabriel erklärt, dass die Gruppe DIE LINKE. bei allen Entscheidungen zum Thema „Hartz IV“ grundsätzlich mit Nein stimme. Dieses Mal werde man sich allerdings enthalten.

Beschluss

Der Kreistag des Kreises Unna fordert den Landrat des Kreises Unna auf, sich gegenüber dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und der Bundesagentur für Arbeit für die Rücknahme bzw. Aussetzung der Geschäftsanweisung Nr. 13 vom 10.04.2008, bezogen auf die restriktive Auslegung des § 16, Abs. 2, S. 1 SGB II (Sonstige Weitere Leistungen) einzusetzen.

Die Bundestagsabgeordneten aus dem Kreis Unna werden gebeten, sich ebenfalls für die Aussetzung oder Änderung dieser Geschäftsanweisung zum § 16, Abs. 2, S. 1 SGB II einzusetzen.
Der Kreistag schlägt vor, dass Überlegungen seitens des Bundes zur geänderten Rechtsauslegung in den Rahmen des geplanten Gesetzes zur Straffung des Instrumentariums der aktiven Arbeitsmarktpolitik des SGB II mit dem Ziel gestellt werden, der weiteren Förderung von Arbeitslosen im SGB II über Gruppenmaßnahmen mit bedarfsgerechten, sozialintegrativen Inhalten neue Spielräume zu eröffnen. Nach einhelliger Auffassung benötigen Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen mit SGB II in ihrer besonderen Situation andere Hilfen als kurzzeitarbeitslose Personen, die Leistungen nachdem SGB III beziehen.
Anzustreben ist zukünftig ein Anteil von mindestens 10 % für Gruppenmaßnahmen mit bedarfsgerechten Qualifizierungs-, Vermittlungs- und Beratungsangeboten im Rahmen der Sonstigen Weiteren Leistungen am Gesamtvolumen des jährlichen Eingliederungstitels des SGB II-Trägers, damit auf der kommunalen Ebene innovative Integrationsprojekte zur Weiterentwicklung der SGB II-Arbeitsmarktpolitik durchgeführt werden können und Förderangebote bereitgestellt werden können, die der lokalen Struktur der Arbeitslosigkeit entsprechen und durch das Regelinstrumentarium nicht abgedeckt sind.

Abstimmungsergebnis
einstimmig zugestimmt (Enthaltung CDU-Fraktion, Gruppe DIE LINKE., STATT-Partei)

Im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 12 wird die Sitzung von 15.55 bis 16.10 Uhr unterbrochen.

Punkt 13
Mitgliedschaft im Regionalverband Ruhr (RVR)

Punkt 13.1
096/08
Mitgliedschaft des Kreises Unna im Regionalverband Ruhr / Mitwirkung beim Städtebund Ruhr

Erörterung
Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass er den letzten Satz des Beschlussvorschlages zurückziehe, da dieser zu Irritationen im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen geführt habe.

Auf Vorschlag von Herrn Senkel von der FDP-Fraktion wird der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit in die Diskussion einbezogen.

Herr Goldmann dankt der Verwaltung für die umfangreiche Vorlage, die die Schnittstellen und inhaltlichen Verbindungen zwischen dem RVR und dem Kreis Unna aufzeige und eine gute Basis für die anstehende strategische Diskussion sei. Anschließend erläutert er kurz den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN und weist darauf hin, dass er zu großen Irritationen in den Ruhrgebietsstädten geführt habe. Der Antrag stelle einen Verhandlungsauftrag dar und sei nicht als Austrittsbeschluss zu werten. In der Verwaltungsvorlage sehe man die Mitwirkung im Städtebund Ruhr durchaus kritisch und begrüße es deshalb, dass der Landrat den letzten Satz des Beschlussvorschlages gestrichen habe. Positiv werte man die vereinbarten Gespräche mit der RVR-Spitze in den auch von seiner Fraktion dargelegten Handlungsfeldern. Er vermisse allerdings die „Neue Philharmonie Westfalen“. Diese gehöre ebenfalls thematisiert, wobei er sich keine Illusionen über die Ergebnisse mache.

Frau Cziehso erklärt für die SPD-Fraktion, dass auch bei den bekannten Problemlagen der RVR als Klammer in bestimmten Bereichen wie Wirtschaftsförderung oder auch Tourismus für den Kreis wichtig und sinnvoll sei. Daneben gebe es selbstverständlich Zweckkooperationen mit anderen räumlich abgegrenzten Bereichen, die aber auf einer anderen sachorientierten Ebene ablaufen würden. Ihre Fraktion teile die Einschätzung der Verwaltung und unterstütze ausdrücklich den Vorschlag des Landrates.

Herr Jasperneite stellt fest, dass sich die Fraktionen bei diesem Thema vom Grundsatz her einig seien. Jetzt wolle man verschiedene Punkte mit dem RVR verhandeln. Taktischerweise sollte sich der Kreistag deshalb zum momentanen Zeitpunkt nicht auf einen Verbleib im RVR festlegen, da dies die Verhandlungsposition des Kreises erheblich schwächen würde.

Herr Senkel unterstützt für die FDP-Fraktion sowohl die Verwaltungsvorlage als auch den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Man erwarte, dass die Verwaltung bis September ergebnisoffen in entsprechende Gespräche gehe. Eine endgültige Entscheidung dürfe aus seiner Sicht sowieso nicht ohne die Abstimmung mit Dortmund und Hamm getroffen werden.

Herr Landrat Makiolla erklärt auf entsprechende Frage von Herrn Senkel, dass es im Städtebund Ruhr seit 2004 monatliche Treffen gebe, die aus seiner Sicht eine sinnvolle Ergänzung zur Arbeit des RVR darstelle. Hier könne man bilaterale Gespräche zu verschiedenen Themen führen, die man in den politischen Gremien des RVR nicht regeln könne. Da Teile der Politik dem Städtebund Ruhr kritisch gegenüber stünden, habe er sich aber entschieden, den letzten Satz des Beschlussvorschlages zu streichen. Zum RVR selbst, so betont Herr Landrat Makiolla, habe er immer eine kritische Haltung vertreten. Er sei auch bereit, die aufgestellten Forderungen hart zu verhandeln. Am 10. Juni gebe es um 15.30 Uhr ein Gespräch mit dem Verbandsdirektor des RVR, zu dem er neben den Mitgliedern der Verbandsversammlung natürlich auch die Fraktionsvorsitzenden einlade.

Herr Jasperneite sichert zu, Herrn Landrat Makiolla in seinen Bemühungen in dieser Angelegenheit zu unterstützen.

Herr Gabriel betont für die Gruppe DIE LINKE., dass man den Ausstieg aus dem RVR für falsch, die aufgestellten Forderung selbst aber für richtig halte. Er verstehe sie als Wunsch und nicht als Diktum für einen möglichen Ausstieg und werde beide Beschlüsse mittragen.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, mit dem Regionaldirektor des RVR über ein stärkeres Engagement des Verbandes im Kreis Unna zu verhandeln.
Die Mitglieder der RVR-Verbandsversammlung aus dem Kreis Unna und die sachkundigen Bürger aus dem Kreis Unna in den Fachausschüssen des RVR werden aufgefordert, den Landrat dabei in den politischen Gremien des RVR und in den Aufsichtsgremien der Tochterunternehmen des RVR zu unterstützen.
Über die Ergebnisse seiner Bemühungen unterrichtet der Landrat den Kreistag spätestens bis zum 23.09.2008.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 13.2

087/08

Bedingungen für den Verbleib des Kreises beim RVR;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 09.05.2008

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, bis zur Sitzung des Kreistages am 23.09.2008 eine höhere Beteiligung des RVR bei den genannten Einrichtungen auszuhandeln. Die neuen Konditionen sind dem Kreistag zur endgültigen Beschlussfassung zu unterbreiten.

Der Verbleib des Kreises beim RVR ist mit folgenden Bedingungen zu verhandeln:

1. Der RVR engagiert sich in stärkerem Maße als bisher an der Biologischen Station für den Kreis Unna.
2. Der RVR engagiert sich mit einem zweckgebundenen Mitgliedsbeitrag bei der Waldschule Cappenberg.
3. Der RVR übernimmt überregionale Planungsaufgaben, die den Kreis Unna tangieren, insbesondere in der Vernetzung überregionaler Rad-, Wander- und Reitwege usw.
4. Die Finanzierung und Trägerschaft der Neuen Philharmonie Westfalen geht auf den RVR über.
5. Der Kreis Unna wünsche eine Berücksichtigung als Standort für RVR-Tochtergesellschaften (z.B. Ruhrgebiet Tourismus GmbH – RTG).

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 14

Dringlichkeitsantrag: Besetzung der Dezernentenstelle;
Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der FDP-Fraktion vom 03.06.2008

Erörterung

Herr Goldmann teilt mit, dass für ihn in einem Personalauswahlverfahren Glaubwürdigkeit, Transparenz und Vertrauen Priorität hätten. Angesichts der Geschehnisse mit Blick auf die aktuelle Ausschreibung sei er fassungslos und nahezu sprachlos. Es sei aus seiner Sicht fast ein Skandal, dass in einer noch laufenden Ausschreibung Namen sowie interne Details einer grünen Persönlichkeit auf Landesebene der örtlichen Presse bekannt würden, ohne dass die Bewerbung überhaupt abgegeben gewesen sei. Darüber hinaus seien bereits gestern morgen auf der Landesebene die SPD inklusive der Vorsitzenden Hannelore Kraft über Teile der Bewerber und deren persönliche Qualifikationen in Kenntnis gesetzt worden. Die Person könne er namentlich benennen. Zu diesem Zeitpunkt hätten die Fraktionsvorsitzenden im Kreistag nachweislich noch keine Informationen gehabt.
Ein solches Verfahren unter Führung des Landrates habe dieser als Herr des Verfahrens politisch zu verantworten. Dies sei – und darauf wolle er explizit hinweisen – keine persönliche Unterstellung an den Landrat. Allerdings müsse mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Information aus diesem Hause gekommen sein. Dem Vertrauensschutz der Bewerber müsse bei jedem Auswahlverfahren bis zum letzten Moment Rechnung getragen werden und dieses sei hier nachweislich nicht erfolgt. Von der Landesebene der Sozialdemokraten sei mit der örtlichen Presse hierüber diskutiert worden. Dieses Vorgehen habe die GRÜNEN-Bewerberin in der Folge dazu bewogen, ihre Bewerbung noch am gestrigen Tage zurückzuziehen. Aus seiner Sicht und auch aus Sicht der anderen antragstellenden Fraktionen dürfe dieses Verfahren so nicht weiter betrieben werden. Dies habe zu dem jetzt vorliegenden Antrag der drei Fraktionen geführt.

Herr Kreisdirektor Stratmann weist ausdrücklich darauf hin, dass in mehreren Sitzungen des Ältestenrates ein Anforderungsprofil erstellt worden und im Anschluss das Verfahren nach Beschluss im Kreisausschuss entsprechend eingeleitet worden sei. Es habe 26 Bewerbungen gegeben, die den Fraktionen gestern noch ohne Bewertung als Bewerberspiegel zur Verfügung gestellt worden seien. Die Bewertungen selbst seien bis heute morgen für das Gespräch zwischen Landrat und Fraktionsvorsitzenden fertig gestellt worden. Insofern sei das Verfahren aus seiner Sicht ordnungsgemäß verlaufen und er wolle ausdrücklich betonen, dass Informationen aus dem Kreishaus nicht weiter gegeben worden seien.

Frau Cziehso erklärt, dass man heute morgen das Bewerberfeld habe sichten wollen. Allerdings sei von Seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits an dieser Stelle die dortige Sichtweise dargestellt worden. Der Landrat habe im Anschluss aber überzeugend dargelegt, dass keine Informationen aus dem Kreishaus gelangt seien. Insofern sehe auch ihre Fraktion keine Verfahrensfehler. Irritiert sei sie über das Verhalten der drei Fraktionen gewesen: Es sei zum Abschluss des Gespräches am Vormittag vereinbart worden, noch einmal in der Angelegenheit zu telefonieren. Statt dessen habe plötzlich der Antrag auf dem Tisch gelegen. Grundsätzlich sei festzustellen, so Frau Cziehso weiter, dass die Besetzung der Dezernentenstelle Aufgabe des Landrates sei. Der Landrat habe sich entschieden, die Angelegenheit gemeinsam mit den Fraktionen anzugehen, dies sei keine Selbstverständlichkeit. Die SPD-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Landrat Makiolla erinnert an seinen Hinweis in der Kreisausschusssitzung vom 29. April, dass aus den vergangenen Sitzungen des Ältestenrates immer wieder vertrauliche Informationen bis ins Detail an die Presse gelangt seien. Das jetzige Geschehen gehe in eine ähnliche Richtung. Er bedauere diese Entwicklung, die Verantwortung hierfür liege aber in beiden Fällen nicht im Bereich der Kreisverwaltung. Aus seiner Sicht werde das Verfahren hiervon nicht tangiert. Das Besetzungsverfahren sei bisher korrekt abgelaufen

und könne weiter durchgeführt werden. Die Stelle müsse mit Blick auf die in den nächsten Monaten anstehenden schwierigen Verhandlungen mit der Bundesagentur für Arbeit sowie dem Land zur Neuorganisation der ARGE dringend besetzt werden, da die vorhandenen Ressourcen dafür nicht ausreichen würden. Er stehe entsprechend unter einem gewaltigen Druck, um diese Aufgaben zu erledigen und damit der Verantwortung für die 40.000 betroffenen Menschen im Kreis Unna gerecht zu werden. Letztlich weist Herr Landrat Makiolla darauf hin, dass er, sofern dem Beschlussvorschlag durch die Mehrheit des Kreistages gefolgt werde, diesen beanstanden werde, da es sich um einen Eingriff in seine Personalhoheit handele.

Herr Kreisdirektor Stratmann weist darauf hin, dass es sich hier um eine bundesweite Ausschreibung gehandelt habe, die auf einem einvernehmlich erstellten Anforderungsprofil basiere. Es gebe 26 gute Bewerberinnen und Bewerber und es sei aus seiner Sicht fatal, das Verfahren ohne Not aufzuheben. Zu berücksichtigen seien hier auch evtl. Schadensersatzansprüche der Bewerber.

Herr Senkel erklärt, er sei sehr betroffen über die Vorwürfe, die sich indirekt gegen CDU- und FDP-Fraktion richten würden. Er habe erst am Montag abend die Bewerberliste eingesehen. Wenn man berücksichtige, dass auf SPD-Landesebene bereits am Freitag Informationen bekannt gewesen seien und in der Verwaltungsspitze gleichzeitig nur „Genossen“ vertreten seien, müsse man sich doch fragen, wie die Informationen weiter gegeben worden seien. Es sei nicht fair, dies auf die anderen Fraktionen zu schieben. Nach der Änderung der Kreisordnung habe man im Ältestenrat über die Notwendigkeit einer Anpassung der Hauptsatzung diskutiert. Die Verwaltung hätte damals keine Notwendigkeit für eine Änderung gesehen, da keine Personalentscheidung bis zur Kommunalwahl anstünde. Auf eine spätere Nachfrage habe der Landrat bestätigt, dass der Wechsel von Frau Warminski-Leitheußer damals noch nicht bekannt gewesen sei. Jetzt fühle er sich über den Tisch gezogen.

Frau Cziehso schlägt vor, die gegenseitigen Schuldzuweisungen endlich zu beenden. Es handele sich bei allen Vorwürfen um reine Spekulationen, so dass der Antrag aus ihrer Sicht nicht gerechtfertigt sei.

Herr Steffen erinnert Herrn Senkel daran, dass nur er in der damaligen Ältestenratssitzung die Änderung der Hauptsatzung vorgeschlagen habe, da dies in der Stadt Unna nämlich gerade angestanden habe. Die anderen Fraktionsvorsitzenden hätten die Notwendigkeit zu dem Zeitpunkt nicht gesehen.

Herr Krause zeigt sich erschüttert über das Verständnis von Landrat und SPD, die Tatsachen einfach weg zu wischen und einfach weitermachen zu wollen. Dies gelte um so mehr, als Herr Goldmann bereit sei, konkrete Namen zu nennen. Ein Schutz der restlichen Bewerber könne nur durch ein Stopp des Verfahrens gewährleistet werden. Mit dem Antrag hätten die Fraktionen ein geordnetes Verfahren beantragt und nicht mehr. Er wolle in diesem Zusammenhang nur daran erinnern, dass beim Bürgermeisterwahlkampf in Holzwickede aus seiner Personalakte geschützte Daten an die Presse gegeben worden seien. Ein Redakteur habe ihm auf Nachfrage erklärt, selbstverständlich habe er die Informationen aus der Kreisverwaltung.

Herr Goldmann weist auf die Reputation des Landrates hin, dessen elementares Interesse es sein müsse, ein den rechtstaatlichen und und demokratischen Grundsätzen entsprechendes Verfahren zu gewährleisten.

Fakt sei, dass Informationen an Medienvertreter, die er benennen könne, aber auch an Vertreter der öffentlichen Hand bzw. politische Vertreter auf Landesebene transportiert worden seien. Es handele sich also keinesfalls um einen Antrag aus dem hohlen Bauch heraus, weil eine Grünen-Bewerberin nicht zum Zuge gekommen sei. Die Beweggründe würden doch klar vorliegen und sollten auch so respektiert werden.

Herr Rieke appelliert an die Ehrenhaftigkeit des Hauses und bittet eindringlich auf diese unerträglichen Schuldzuweisungen zu verzichten. Der heutigen Presse habe man entnehmen können, dass sich Frau Schneckenburger am Freitag beworben habe, nachdem sie von einer großen Mehrheit im Kreistag darum gebeten worden sei. Auch dies hätte man im Vorfeld abstimmen müssen, so dass man durchaus spekulieren könnte. Er schlage aber vor, hierauf zu verzichten und wieder den Bezug zu Sachfragen zu finden.

Aus Sicht von Herrn Elsbeck sei es ein großer Skandal, wenn die Sache so passiert sei, wie Herr Goldmann dies dargestellt habe. Er wolle weder den Mitgliedern des Ältestenrates noch Mitarbeitern der Verwaltung hier etwas unterstellen. Entsprechend wolle er sich bei der Abstimmung enthalten.

Beschluss
Das Bewerbungsverfahren zur Besetzung der Dezernentenstelle wird aufgehoben.
Die Ausschreibung und der Ausschreibungstext wird mit den im Kreistag vertretenen Fraktionen neu abgestimmt.

Abstimmungsergebnis
mehrheitlich zugestimmt (bei Gegenstimmen der SPD und des Landrates sowie Enthaltungen der Gruppe DIE LINKE. sowie des Kreistagsmitgliedes der STATT-Partei)

Herr Landrat Makiolla erklärt im Anschluss an die Abstimmung, dass er diesen Beschluss gem. § 39 Abs. 2 der Kreisordnung NRW beanstande, da er gegen die Personalhoheit des Landrates nach § 49 Abs. 1 Satz 1 der Kreisordnung verstoße. Die Beanstandung habe aufschiebende Wirkung, so dass der Beschluss nicht umgesetzt werden dürfe.

Punkt 15

Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnern werden nicht gestellt.

Punkt 16

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergeben sich nicht.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 17

092/08

Deckensanierung an Kreisstraßen

- Vergabe der Aufträge -

Punkt 18

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen